

Ost subventioniert West, und nicht umgekehrt!

Traumatisierung, Mittelmaß und Eigennutz vor allem des Westens haben eine Wahrnehmung geschaffen, die nichts mit der deutsch-deutschen Realität zu tun hat

Von Hans-Joachim Dübel¹

Berlin, 9.November 2009

Der beste Indikator für Traumatisierung ist der Umgang mit der eigenen Vergangenheit, der beste für Mittelmaß die Brutalität des Konformismus und seiner Denkbarrieren. Als der Autor in den 70er Jahren nahe Bonn zur Schule ging, durfte man zum Beispiel das Wort 'Deutschland' nicht verwenden, um die Entspannungspolitik nicht zu gefährden. Erst seit der Wiedervereinigung ist dies wieder möglich. Seitdem tobt ein stiller Kulturkampf um den Namen des Gebietes der ehemaligen DDR, das ausgerechnet der gebürtige Breslauer Wolfgang Thierse vorschlug, 'Ostdeutschland' zu nennen. Die historisch und kulturell korrekte, und von den Bewohner als identitätsstiftend verwendete, Bezeichnung 'Mitteldeutschland' für das Land an Unstrut, Saale und mittlerer Elbe wird bis heute vom mehrheitlich westdeutschen politischen Establishment des Landes totgeschwiegen. Und wer abgesehen von ein paar aufgeklärten NDR-lern sieht heute die Vorpommern als das, was sie sind – Norddeutsche?

Die bewusste Stigmatisierung ist nur ein Beispiel dafür, wie der Westen dem 'Osten' systematisch eigene politische Identität und Mitsprache im Land verweigert. Und zwar mit zunehmender Tendenz. So konnte die historisch gesamtdeutsche aller Parteien, die SPD, 2008 ohne öffentlichen Aufschrei einen Vorstand ohne ein einziges Mitglied aus der Region aufstellen. Die im Herbst 2009 gegründete CDU-FDP-Koalition im Bund deklariert, als wäre die bis auf Frau Merkel komplette Abwesenheit politischer Repräsentation der Region nicht peinlich genug, den sächsischen Westimport Thomas de Maiziere zum Ossi im Geiste. Noch im Jahr der Wiedervereinigung 1990 bestand ein Drittel der Bundesregierung aus Mitteldeutschen und Berlinern. Die Kohl'sche Wiedervereinigung wurde entscheidend vom Hallenser, manche sagen Halunken, Hans-Dietrich Genscher vorangetrieben. Die Dresdner Mischnick und Wehner waren westdeutsche Haushaltsnamen, ebenso wie der Thüringer Bahr. Vergangen, vergessen – heute dominieren in Deutschland die westdeutschen Andenpakt- und anderen Berufspolitiker-Seilschaften - Leute, für die Tibet näher lag als die DDR, und von denen sich die meisten bis heute nicht für das eigene Land interessieren.

Für diese Leute sind Siemens Münchener anstatt Berliner, Deutsche Bank und Commerzbank Frankfurter anstatt Berliner, Audi Ingolstädter anstatt Chemnitzer, Teekanne Düsseldorfer anstatt Dresdner, Wella Darmstädter anstatt Thüringer, und Lufthansa Kölner anstatt Berliner Unternehmen. Für sie ist das in diesem Bereich traditionslose Karlsruhe Stadt des Rechts und nicht Leipzig, und ist München die Stadt Goethes' und nicht Weimar. Nirgendwo im Land, weder an den Schulen noch an den Wirtschaftsfakultäten, wird heute gelehrt, dass wohl nach Kapitalisierung gerechnet 40% des DAX ihre Wurzeln im heute Ostdeutschland genannten Gebiet haben, und dass ein bayerisches, ein baden-württembergisches, ein Rhein-Main-Wirtschaftswunder ohne den fürchterlichen Aderlass von durch Russenherrschaft und SED-Diktatur vertriebenen Hunderten kleinen und mittleren Unternehmen trotz aller US-Subventionen undenkbar gewesen wäre. Diese Unternehmen – ihre Köpfe, ihre Technologie - waren die Basis des Aufschwungs West und sicherlich eine Billionensubvention von Ost nach

¹ Der Autor ist Ökonom und Mitautor einer Studie zur makroökonomischen Entwicklungsstrategie für die neuen Bundesländer der Friedrich-Ebert-Stiftung von 1994/5. Sein Vater war der letzte Vorsitzende der Exil-CDU, einer einem Landesverband gleichgestellten Organisation von DDR-Flüchtlingen.

West in den späten 40er und 50er Jahren, ein Umstand, der bei der Aufzählung der West-Ost-Transfers seit Anfang der 90er stets und bewusst unterschlagen wird.

Dieselben Protagonisten wissen auch, dass die Wirtschaftspolitik der 90er Jahre dem Gedanken eines echten Aufbau's Ost Hohn sprach, weil es dem westdeutschen wirtschaftlichen Establishment vorrangig darum ging, diese faktischen Kriegsgewinne gegen mögliche neue Konkurrenz im Lande abzusichern. Und zwar sowohl auf der Seite der westdeutschen Unternehmen als auch der Gewerkschaften. Nur so ist es zu erklären, dass trotz der klaren Diagnose des Aufwertungsschocks für die ehemalige DDR - in der Wirtschaftstheorie auch als 'holländische Krankheit' bezeichnet - eine Subventions- und Industriepolitik betrieben wurde, die den Interessen der westdeutschen Wirtschaft in die Hände spielte anstatt primär die lokale der neuen Bundesländer aufzubauen. Faktisch subventionierte Westdeutschland mit der Transferpolitik an die Haushalte in der ehemaligen DDR seine eigenen Bilanzen, indem dieses Gebiet vorrangig als Absatzmarkt ansah und wirtschaftspolitisch so behandelte. Wer in Westdeutschland wem in den 90er Jahren damit zu hohen Gewinnen verholfen hat, nämlich der Steuerzahler vor allem den Unternehmen und ihren Eigentümern, ist bis heute ein weiteres deutsches Tabuthema.

Die Diagnose holländische Krankheit für die Wirtschaft der ehemaligen DDR implizierte insbesondere, dass die Exportbasis und deren lokale Unternehmer durch Transfers zu subventionieren seien. Beispiele dafür fanden sich seit den 70er Jahren in den Ölstaaten und waren durch Arbeiten u.a. der Weltbank gut belegt. Subventioniert wurden stattdessen vom Westen vor allem die Nicht-Exportbasis - Infrastruktur, Wohnungs- und Gewerbebau, Staatsjobs - sowie westdeutsche verlängerte Werkbänke in der Industrie, die seit Ende der 90er Jahre Zug um Zug wieder dichtgemacht werden. Potentiellen Unternehmern in den neuen Bundesländern wurden durch Wirtschaftsministerium und Treuhandanstalt systematisch Eigenkapitalhilfe und Management-Buyouts verweigert - nur 5% der 38,000 Treuhand-Unternehmen verblieben in lokalem Eigentum. Bestehenden Unternehmen wurden durch das sog. 'asset stripping', der Verkauf 'nicht betriebsnotwendiger' Aktiva, sogar noch ihrer Eigenkapitalbasis beraubt. Die Ausnahme hier war Jenoptik unter der Führung von Lothar Spaeth, der sich dieser Politik durch seine feste Einbindung in westdeutsche Seilschaften verweigern konnte.

Die proportionale Subventionierung von Investitionen noch aus der alten Zonenrandförderung führte zu einer grotesken Bevorzugung westdeutscher Unternehmen. Während etwa Knödelhersteller Pfanni an der Autobahn Berlin-Hamburg für eine 100 Millionen DM-Investition 30 Millionen DM Subventionen einstreichen konnte, waren es beim regionalen Startup Moewe Teigwaren, keine 100 km entfernt im mecklenburgischen Plaue gelegen, gerade einmal 3 Millionen DM bei 10 Millionen DM Investitionen. Aus 12 Zuckerfabriken Sachsen-Anhalts entstanden 2 - im Besitz von Westkonzernen, Kapitalintensität 2 Millionen DM pro Arbeitsplatz. Die Schere zwischen Kapital-, Forschungs- und Entwicklungseinsatz westdeutscher und ostdeutscher Unternehmen wuchs immer weiter. Der Traum vom ostdeutschen Mittelstand, er sollte nicht Wirklichkeit werden, vor allem deshalb, weil es der Westen nicht wollte.

Was etwa Hans-Werner und Gerlinde Sinn in ihrem Buch 'Kaltstart' als Ursache des Fehlstarts Ost beschreiben ist deshalb nur vordergründig das Ergebnis des realen Lohnschocks. Sicher, eine tschechische Entwicklung mit gradueller Aufwertung wäre vorzuziehen gewesen, aber sie war wirtschaftlich und politisch aufgrund der Wanderungsdrohung nicht realistisch. Der Fehlstart ist das Ergebnis einer von Einzelinteressen getriebenen westdeutschen Politik und der sie beratenden Ökonomen, die die

Standardempfehlungen von Wirtschaftstheorie und internationalen Ökonomen zugunsten des Einsatzes staatlicher Mittel beim Aufbau der Exportbasis eines von holländischer Krankheit geprägten Wirtschaftsgebietes ignorierte. Sie ist, kurz, das Ergebnis der Gefangennahme einer Politik, die eigentlich dem Gesamtinteresse des Landes dienen sollte, und in Wirklichkeit nur den Anschluss eines erweiterten Binnenmarktes des Westens betrieb.

Bis heute wird dieses Versagen, dieser faktische Korruptionstatbestand der Politik der 90er Jahre, durch entsprechende Rhetorik und Polemik aus dem Westen gegen den 'Osten' als Milliardengrab kaschiert. Die deutsch-deutsche Realität ist: durch die Wanderung von Unternehmen der 50er Jahre, durch die bewusst fehlkonzipierte Wiedervereinigungspolitik und die Wanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften und Geburtenbasis der 90er und 00er subventionierte der Osten netto den Westen, und nicht umgekehrt.

Welche Chancen bestehen heute noch, diese fehlerhaften Weichenstellungen von Jahrzehnten rückgängig zu machen? Die – relative - wirtschaftliche Talsohle für die ehemalige DDR scheint aller öffentlich fehlinterpretierten Statistiken zum Trotz durchschritten. So ist offenbar niemand in einem deutschen Wirtschaftsforschungsinstitut daran interessiert, die triviale Wahrheit zu verbreiten, dass nicht die Arbeitslosenquote, sondern die Beschäftigtenquote, der entscheidende Indikator des Arbeitsmarktes ist – und dort stehen Ost und West etwa auf gleicher Höhe. Die stark gestiegene Kapitalintensität verspricht zukunftsfähige Arbeitsplätze in vielen Sektoren, wenn auch die Unterschiede zwischen Westunternehmen und genuinem ostdeutschen Mittelstand nach wie vor riesig sind und manche Region abgehängt scheint. Aus Abwanderung kann bei anhaltender Dynamik der mitteldeutschen Industrie, des Berliner (und Leipziger?) Dienstleistungssektors und angesichts geringerer Lebenshaltungskosten wieder Zuwanderung werden.

Es hakt bei der Lohnsumme und damit eng zusammenhängend vor allem wirtschaftlicher und politischer Zentralität. Eine Stadt wie Leipzig, global player des frühen 20. Jahrhunderts und Wiege des deutschen Handels, der Presse, des Buchdrucks und der Versicherungswirtschaft, wird heute faktisch in den Medien nicht mehr erwähnt. Andere Standorte fielen mit der Vereinigung von der Zweit- in die Drittrangigkeit. Wird es eine zweite Chance für die ehemalige DDR, diesmal mit echter Bevorzugung der dortigen Standorte in Wirtschaft und Verwaltung im Sinne von Vollendung der Einheit geben? Wie wahrscheinlich ist angesichts der Machtverhältnisse im Land der Umzug des gesamten BGH nach Leipzig, derjenige des prototypische Westfernsehen ZDF aus der Mainzer Provinz nach Leipzig oder Berlin, oder wenigstens des Goethe-Institut nach Weimar? Kann man sich ein oder zwei von dreissig DAX-Zentralen in Berlin, und vielleicht später in Leipzig oder Dresden vorstellen?

Voraussetzung für eine solche Entwicklung wäre ein Ende der Traumatisierung und der dadurch verursachten Verdrängungsmechanismen des Westens, das ein Ende der Tabuisierungen des Verhältnisses zu den und Stigmatisierungen der neuen Länder nach sich zieht. Dies würde ein Ende der westdeutschen Kriegsgewinnlermentalität – verharmlosend als 'Mauer in den Köpfen' bezeichnet – bedeuten, und damit den Weg zu einem echten Politikschwenk in Richtung Vollendung der Einheit freimachen. Es gibt keinen objektiven Grund, warum sich eine neue Generation in Deutschland – gestärkt durch den Honecker-Boom der ehemaligen DDR, der in seine produktiven Jahre kommt - ohne den erdrückenden Ballast von Aufrechnung und Verdrängung nicht der Entwicklungsaufgabe Ost annehmen könnte, und zwar mit Herz und nicht nur mit Geld. Letzterer Ansatz charakterisiert echte Eliten, im Gegensatz zum provinziellen und eigennützigen Mittelmass, das das Land zu beherrschen scheint. In diesem Sinne scheint mit der zweiten Regierung Merkel trotz ostdeutscher Kanzlerin auch ein neuer Tiefpunkt des West-Ost-Verhältnis in Deutschland

erreicht. Er ist aber lediglich ein Symptom des Versagens der westdeutschen Eliten insgesamt, und hoffentlich – durch den Generationswechsel bedingt - nur ein nachlaufender Indikator. Die aufgeklärten Vertreter von Politik und Wirtschaft – nicht nur der neuen Bundesländer sondern des gesamten Landes - sollten sich zusammenschliessen und das Ihre tun, um zu ermöglichen, dass es von hier ab auch wieder aufwärts geht – sicher nicht mehr unter Führung der derzeitigen Generation, aber vielleicht der nächsten.